

8.4.98

Deponiesicherung nicht frei von Risiken für die Umwelt

Rund 254 000 Kubikmeter Bodenmasse sind zu bewegen

Münchehagen (re). Die im Herbst beginnenden Arbeiten zur Sicherung der Giftdeponie Münchehagen werden mit erheblichen Belastungen der Umwelt einhergehen. Diese Auffassung vertreten das Bürgerbüro Münchehagen, der BUND Petershagen und die Bürgerinitiative „Stoppt den Giftmüll“. Diese vehementen Kritiker der von der Landesregierung abgespeckten Sicherung stützen sich dabei auf die „Kurzfassung zur Entwurfsplanung“ der Maßnahmen, welche die Bezirksregierung Hannover verfaßt hat. In dem Papier heißt es: „Die Bewirtschaftung des Niederschlagswassers während der Bauphase kann ebenfalls zu Auswirkungen führen, da es nicht hundertprozentig auszuschließen ist, daß trotz technischer Maßnahmen Tontrübe in Oberflächenwasser gelangen.“ Neben diesen Auswirkungen, „die praktisch bei jeder Großbaumaßnahme auftreten können, sind darüber hinaus deponietypische gegebenenfalls sehr geruchsintensive gasförmige Emissionen zu erwarten“.

„Da stehen einem die Haare zu Berge“, sagte Heinrich Bredemeier. Er erwartet Belastungen der Umwelt über den Luftpfad (Verstaubung) und des

Flußchens Ils durch abzuleitende Oberflächenwässer, die hochbelastete Schwebeteilchen enthalten können. Das werde vor allem bei hohen Niederschlägen der Fall sein, weil sich gegenüber dem bisherigen Zustand der Wasserhaltung nichts geändert habe.

„Die zu bewegenden Massen bedingen einen erheblichen Baustellenverkehr, der von dem bis zum Abschluß der Sicherung bestehenden provisorischen Sicherungsbetrieb überlagert wird“, schreibt die Bezirksregierung in ihrem Entwurf. Darin ist von 254 000 Kubikmetern zu bewegende Masse die Rede, die sich im wesentlichen auf die seitliche Umschließung mit einer Dichtwand, auf Dränagen und Oberflächenabdeckung beziehen. Der Aushub für die Dichtwand beträgt allein 36 000 Kubikmeter, die nach Einschätzung von Peter Thiele (BUND) verschieden hoch belastet seien. Dabei erhebe sich die Frage, ob diese Massen sicher gelagert werden können.

Die am von der Landesregierung angekündigten Münchehagen-Verfahren Beteiligten waren sich seinerzeit im Klaren darüber, daß eine Sicherung und Sanierung der Altlast nicht ohne Umwelttrisiken vonstatten gehen können.